



Presseschau vom 19.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: Beschluss des 2. Kongresses des Leninschen Komsomol der DVR zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees:

Der 2. Kongress des Komsomol der Donezker Volksrepublik findet im Vorfeld eines wichtigen Datums im Leben von Dutzenden von Millionen Menschen, die in Ländern leben, die zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gehört haben, statt.

Am 29. Oktober 2018 ist der 100. Jahrestag einer einmaligen Jugendorganisation – des Komsomol.

In 100 Jahren haben mehr als 200 Millionen sowjetischer Bürger die Schule des Komsomol durchlaufen. Und heute arbeiten viele von ihnen aufopferungsvoll in verschiedenen Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft, des sozialen Bereichs, der staatlichen Verwaltung. Die ältere Generation hält es für ihre Pflicht, ihre Erfahrung der Komsomol-Romantik, des Enthusiasmus, der kreativen Suche nach Wegen eines gerechten Gesellschaftsaufbaus, von selbstloser Arbeit zur Erreichung von Zielen, heldenhaften Taten im Namen der Heimat weiterzugeben.

Auf dem Banner des Komsomol der UdSSR strahlen 6 der höchsten Orden des Landes – für herausragende Errungenschaften bei der Arbeit, für massenhaftes Heldentum bei der Verteidigung des sozialistischen Landes, für die Erziehung der Jugend im Geist des Patriotismus und der Völkerfreundschaft.

Eine der größten Komsomol-Organisationen des Landes, die Donezker Oblastorganisation des Komsomol, erhielt auch den Lenin-Orden für Heldentaten bei der Arbeit in den Jahren der ersten Fünfjahrespläne.

Nach der verbrecherischen Zerstörung der UdSSR wurden in der Mehrheit der neu gebildeten

Länder neue Komsomol-Organisationen der Jugend geschaffen. Praktisch in allen ehemaligen Republiken der UdSSR sind kommunistische Jugendverbände unter Führung der kommunistischen Parteien aktiv. In Analogie zur Union der Kommunistischen Parteien – KPdSU sind sie in der Union von Komsomol-Organisationen vereinigt.

In der Donezker Volksrepublik wurde die Komsomol-Organisation auf ihrem Gründungskongress am 7. Juni 2015 geschaffen. In der Zeit seit der Gründung der republikanischen Komsomol-Organisation haben die Mitglieder Jugendverbands versucht, ihre Organisation durch Taten zu stärken. Es wurde eine ganze Reihe von Veranstaltungen unter Leitung unserer Komsomolzen durchgeführt. Das sind sowohl verschiedene Formen der politischen Bildung als auch Sportveranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen, militärisch-patriotische Arbeit gemeinsam mit Veteranen und Soldaten, die unsere Republik verteidigen, eine Reihe von Subbotniks und Maßnahmen, um Ordnung in Parks und auf den Gebieten von Städten und Bezirken zu schaffen, Teilnahme an politischen und feierlichen Massendemonstrationen und Kundgebungen. Es wurden nachhaltige Verbindungen mit Altersgenossen und Gleichgesinnten in einer Reihe von Ländern hergestellt. Nicht wenige junge Menschen, die mit dem Komsomol und der Partei verbunden sind, befinden sich an den vordersten Linien und verteidigen ihre Heimat – die Donezker Volksrepublik.

Aber die Arbeit trägt dennoch lokalen Charakter, es ist nicht gelungen, ein nachhaltiges Zentrum zur Organisation der Arbeit unter der Jugend zu bilden. Von den 19 Mitgliedern des ZK des Komsomol, die auf dem 1. Kongress gewählt wurden, sind heute weniger als die Hälfte in diesem aktiv. Einige Mitglieder des ZK, Aktivisten städtischer oder bezirklicher Komsomol-Organisationen haben die Republik verlassen. Ein Teil der jungen Leute hat sich auf die Lösung schwieriger Probleme in ihrem Leben konzentriert. Für viele Komsomolzen, die nicht in Donezk oder Makejewka wohnen, ist es schwierig das Transportproblem zu lösen, um in die Hauptstadt der Republik zu kommen. Erschwert wird die Arbeit auch durch das Fehlen eines Gesetzes über gesellschaftliche Organisationen und das praktisch vollständige Fehlen materieller Unterstützung und auch durch das offene Verschweigen der Initiativen der Komsomolzen durch die Massenmedien.

Nach Kenntnisnahme und Diskussion des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR für den Zeitraum vom 10.06.2015 bis zum 15.09.2018 beschließt der 2. Kongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Donezker Volksrepublik:

1. Die Arbeit des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR für den Berichtszeitraum als zufriedenstellend anzusehen.
2. Das neue ZK des Leninschen Komsomol der DVR soll die hauptsächliche Aufmerksamkeit bei der Arbeit mit der Jugend auf die Verbindung der Prinzipien des Patriotismus und des Internationalismus in der praktischen Arbeit richten. Dabei versteht der Leninschen Komsomol unter Patriotismus:
 - der Erhalt der historischen und kulturellen Traditionen der Völker der Sowjetunion;
 - die Erziehung der Jugend im Geist der Liebe zu ihrer Heimat – der Donezker Volksrepublik;
 - das Bestreben zum Wiederaufbau eines Unionsstaats mit Russland und anderen Ländern nach dem Willen der Völker;
 - entschiedener Widerstand gegen Versuche der nationalistischen Ukraine, der USA und anderer imperialistischer Länder, in der DVR kapitalistische Ideologie, Kultur und Lebensweise zu verbreiten.
3. Der Leninsche Komsomol der DVR wird das Prinzip der Führung durch die Partei von Seiten der KP der DVR unterstützen und entwickeln und versteht darunter die politische Orientierung des Leninschen Komsomol der DVR auf die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik und die Abstimmung seiner Positionen in allen Schlüsselfragen mit den leitenden Organen der Partei. Dabei bewahrt der Leninsche Komsomol der DVR den Status einer organisatorisch selbständigen gesellschaftlichen Vereinigung der DVR.

4. Der Leninsche Komsomol der DVR soll in Gestalt des Zentralkomitees die Arbeit der regionalen Komsomol-Organisationen zur Realisierung staatlicher Programme, die auf die Schaffung eines vollwertigen Systems der sozialen Sicherheit der Bevölkerung abzielen, zur Lösung von Problemen der Jugend im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung, der Bildung, der Unterstützung der Familie, der physischen und psychischen Gesundheit organisieren und unmittelbar durchführen.

5. Grundlegende Aufgaben des Leninschen Komsomol der DVR sind:

- organisatorische und ideologische Vereinigung der Jugend, die für linke und patriotische Positionen eintritt;
- Kampf für die Vernichtung aller Formen von Ausbeutung;
- Verbreitung von Wissen über die Theorie und Praxis des Sozialismus unter der Jugend, Propaganda der Notwendigkeit der Rückkehr der DVR auf den Weg einer sozialistischen Entwicklung;
- Kampf für die Schaffung eines Unionsstaats, der die Völker der DVR mit den Völkern Russlands und anderen Brudervölkern vereint;
- Erziehung der Jugend nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Solidarität, des Patriotismus und des Internationalismus;
- Herausbildung einer aktiven Lebensposition bei der Jugend, von Fertigkeiten aktiver politischer Tätigkeit;
- Entwicklung der internationalen Verbindungen mit Jugendorganisationen, die gegen den Faschismus, für den Frieden, für einen sozialistischen Entwicklungsweg kämpfen. Den Eintritt des Leninschen Komsomol der DVR in den Weltbund Demokratischer Jugend und die Union Kommunistischer Organisationen – Leninscher Kommunistischer Jugendverband der Sowjetunion zu erreichen;
- Verteidigung der Rechte und Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend;
- Unterstützung der intellektuellen, kreativen, moralischen und physischen Entwicklung der Jugend;
- der Jugend die Werte der weltweiten und vaterländischen Kultur nahebringen;
- Lösung konkreter Probleme der Jugend durch die Realisierung sozialer, kultureller, Bildungs-, Sport und anderer Programme.

6. Das Zentralkomitee des Leninschen Komsomol der DVR soll einen Plan zur Umsetzung der kritischen Anmerkungen und Vorschläge der Delegierten und Teilnehmer des 2. Kongresses des Leninschen Komsomol der DVR ausarbeiten. Der Plan wird auf dem Plenum des ZK des Leninschen Komsomol der DVR im Dezember 2018 behandelt und beschlossen.

7. Die Kontrolle über die Ausführung dieses Beschlusses liegt bei den Sekretären des ZK des Leninschen Komsomol der DVR.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/09/IMG_20180915_124708-768x576.jpg

Dnr-online.ru: Heute, am 18. September, berichteten die Minister, deren Ministerien zum funktionellen Block der Analyse und der strategischen Entwicklung gehören, dem kommissarischen Republikoberhaupt Denis Puschilin.

Der Kohle- und Energieminister Anatolij Nesterenko wurde angewiesen, die Qualität der Kohle, mit der Bürger der Republik versorgt werden, unter seine Kontrolle nehmen und für eine unterbrechungsfreie Arbeit der Ausgabestellen zu sorgen.

Der stv. Ministerratsvorsitzende Alexej Anantschenko wurde angewiesen, einen Entwurf für einen normativen Rechtsakt bezüglich der Durchführung der Ausgabe der Kohle in Form von Naturalien oder als finanzielle Kompensation zu erarbeiten.

Außerdem wies das kommissarische Republikoberhaupt an, die Information zu überprüfen, dass die vorherige Führung der Zentralen Republikanischen Bank plante, die Abrechnungskonten des ukrainischen Unternehmens „Woda Donbassa“ zu schließen. „Ich weise an, alle Varianten auszuarbeiten, die das Betreiben der Konten dieses Unternehmen, dass die Einwohner der Republik mit Wasser versorgt, zu gewährleisten“, sagte Denis Puschilin.

Außerdem berichtete der Verkehrsminister Dmitrij Podlipanow über die Umsetzung der Anweisung Puschilins zur Übergabe von Waggons ukrainischer Eigentümer, die seit März 2017 auf dem Territorium von Filialen der geschlossenen Aktiengesellschaft „Wneschtorgserwis“ stehen an das staatliche Unternehmen „Donezker Eisenbahn“. Das Ministerium für Einnahmen und Abgaben wird angewiesen, dies steuerrechtlich zu regeln, und das Verkehrsministerium die Übernahme abzusichern. „In kürzester Zeit muss eine technische Wartung der gelieferten Waggons erfolgen, damit sie möglichst schnell in Betrieb genommen werden können“, unterstrich Denis Puschilin.

Der Landwirtschaftsminister Wladimir Gorjatschew wurde angewiesen, die Frage der Möglichkeit von Lieferungen von landwirtschaftlichen Produkten aus einheimischer Produktion in die RF zu prüfen. „Ich weise an, Informationen über die produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Jahren 2017 und 2018 vorzubereiten, über den allgemeinen Bedarf der Republik an Lebensmitteln und den Bedarf pro Kopf der

Bevölkerung. Ich weise an, die vorhandenen Reserven zu analysieren, die geplante Produktion in diesem Jahr, Pläne für 2019“, sagte Denis Puschilin. ...

vormittags:

de.sputniknews.com: „Ukraine ist Vorposten der westlichen Zivilisation“ – Kiewer Politikerin Die stellvertretende Premierministerin für europäische und euroatlantische Integration der Ukraine, Iwanna Klympusch-Zynzadse, hat in einer Sendung des TV-Senders „Prjamoj“ verkündet, dass die Ukraine ein „Vorposten der westlichen Zivilisation“ sei.

Kiew solle den Kurs auf Mitgliedschaft in der Nato und der EU in der Gesetzgebung verankern, um eine „interne Motivation sowie zusätzliche Mechanismen“ zu erhalten „Durch unseren Willen, durch die Tatsache, dass wir gezielt begonnen haben, die russische Invasion abzuwehren, sind wir zu einem Vorposten der westlichen Zivilisation geworden“, betonte die Politikerin.

Zugleich beklagte Klympusch-Zynzadse, dass die westlichen Partner es gewohnt seien, die Ukraine anders zu sehen:

„Früher wollte man uns zu einer Brücke oder zu irgendeiner Grauzone machen. Wir haben jedoch schließlich eine Stellung eingenommen, und ich denke, dass diese Stellung sowohl von den EU- als auch den Nato-Ländern akzeptiert werden wird.“

Die Politikerin habe allerdings eingeräumt, dass es im Westen „keine gemeinsame Position“ hinsichtlich des Zeitpunkts für den Beitritt der Ukraine zur EU und zur Nato gebe.

Anfang September hatte Petro Poroschenko der Werchowna Rada eine neue Verfassungsnorm vorgelegt, der zufolge die Ukraine den EU- und Nato-Beitritt anstreben sollte.

Ende September 2017 hatte der US-Sondergesandte für die Ukraine, Kurt Volker, erklärt, dass Kiew noch nicht bereit sei, der Nato beizutreten. Im August 2017 hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verkündet, die Ukraine habe weder etwas mit der Europäischen Union noch mit der Nato zu tun. Zuvor hatte Poroschenko die Absicht bekräftigt, ein landesweites Referendum über den Nato-Beitritt durchzuführen. Die Nato-Mitgliedschaft bezeichnete er als das Hauptanliegen Kiews.

Das ukrainische Parlament hatte im Dezember 2014 den blockfreien Status des Landes per Gesetzesänderung aufgehoben. Laut der neuen Militärdoktrin soll die Ausstattung der ukrainischen Streitkräfte bis 2020 komplett mit Nato-Kriegstechnik kompatibel sein.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32236/20/322362041.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ verletzt. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Prischib** und **Donezkij**.
Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern,
großkalibrigen Maschinengewehren und anderen Schusswaffen.
Verluste unter den Soldaten der Volksmiliz oder der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

de.sputniknews.com: „Festung Trump“: USA erwägen permanente Militärbasis in Polen.
Washington zieht laut Präsident Donald Trump Warschauer Bitte um eine permanente US-
Militärbasis in Polen ernsthaft in Betracht. Der Militärstützpunkt soll zum Schutz gegen eine
„russische Aggression“ dienen.

Bei dem Treffen in Washington am Dienstag bat der polnische Präsident Andrzej Duda seinen
US-Amtskollegen laut Reuters um die Einrichtung eines ständigen US-Militärstützpunktes in
seinem Land und schlug „Fort Trump“ (dt. Festung Trump) als Name der Basis vor. Sie würde
laut Duda als Bollwerk gegen die Bedrohung aus Russland dienen.

Trump habe seinem Kollegen zugestimmt: Moskau sei in der Region „aggressiv
vorgegangen“. Deshalb werde das Gesuch der polnischen Seite derzeit erwogen. Duda habe
„mehr als zwei Milliarden US-Dollar“ für das Projekt angeboten, fügte der US-Staatschef
hinzu.

„Wir ziehen es ernsthaft in Betracht. Ich weiß, dass Polen diese Idee sehr gefällt“, so Trump.
Der stellvertretende polnische Verteidigungsminister Tomasz Szatkowski begrüßte die Idee
einer US-Militärbasis in seinem Land, weil diese die „geopolitische Landschaft“ Europas
verändern werde. Polen würde laut Szatkowski nicht mehr als Pufferzone betrachtet, was dem
Land ein wahres Gefühl der Sicherheit verleihe.

Moskau protestiert gegen diese Pläne und verweist seinerseits darauf, dass die Ostexpansion
der Nato die Stabilität in Europa untergrabe. Das russische Außenministerium hatte im Mai
die mögliche Stationierung einer US-Basis in Polen als einen Verstoß gegen die Nato-
Russland-Grundakte bezeichnet. Das Dokument, das im Jahr 1997 in Paris unterzeichnet
wurden, begrenzt je nach der Sicherheitslage die permanente Stationierung von Truppen in
den neuen NATO-Mitgliedsstaaten.

Polen war im Jahr 1999 zusammen mit Ungarn und Tschechien der Nato beigetreten. Das
Land hat wiederholt um eine US-Militärbasis auf seinem Territorium gebeten. Derzeit sind
US-Truppen nicht dauerhaft in Polen stationiert, sondern sie rotieren dort alle neun Monate,
um die Ostflanke der Nato zu sichern, werden nach diesem Zeitraum aber wieder abgezogen.
Zuvor hatte der finnische Präsident Sauli Niinistö in einem Gespräch mit der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“ verraten, warum sein Land eine Nato-Mitgliedschaft zur Zeit nicht für
nötig halte und warum er keine unmittelbare Bedrohung aus Russland erkenne.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32236/47/322364770.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 18. September 3:00 Uhr bis 19. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 18.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo, Dolomitnoje, Jasinowataja, Shabitschewo, Spartak, Krutaja Balka, Donezk (Trudowskije), Alexandrowka (Losowoje), Leninskoje, Kominternowo, Besymennoje.**

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Jasinowataja wurde eine Gasleitung in der Franko-Straße beschädigt, außerdem die Verglasung des Hauses in der Worowskij-Straße 20.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 151.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 121.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Ukraine: Lwiw verbietet öffentliche Werke in russischer Sprache – Medien

Der Regionalrat (Gebietsparlament) der westukrainischen Stadt Lwiw hat angeordnet, „das russische Kulturprodukt“ in der Region zu verbieten. Das teilte der Fernsehsender ZIK am Mittwoch mit.

„Wir verordnen, ein Moratorium für eine öffentliche Verwendung des Kulturproduktes in russischer Sprache in jeglichen Formen im Gebiet Lwiw zu verhängen, bis die Okkupation des ukrainischen Staatsgebiets beendet ist“, heißt es im Dokument.

Für diese Entscheidung stimmten demnach 57 Abgeordnete, 43 Abgeordnete votierten dagegen.

Zudem soll im Auftrag der Abgeordneten eine spezielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden, die für Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zuständig sein werde.

Wie es weiter heißt, planen die Abgeordneten, den Gesetzentwurf auf das ganze Territorium der Ukraine auszuweiten. Unter anderem wolle der Regionalrat der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) vorschlagen, die Wiedergabe „audiovisueller Werke“ in russischer Sprache zu verbieten.

Im November 2016 waren in der Ukraine Novellen zum Gesetz „Über das Fernsehen und den Rundfunk“ in Kraft getreten. Demnach muss der Anteil der Fernsehsendungen in ukrainischer Sprache seit dem 8. November 2016 mindestens 55 Prozent betragen.

Seit September 2017 gilt in der Ukraine ein neues Bildungsgesetz, das den Unterricht in Minderheitssprachen deutlich einschränkt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurden gestern durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Wohnhaus und eine

Gasleitung in Jasinowataja beschädigt.

Außerdem wurde nach genaueren Informationen eine zivile Einwohnerin von Jasinowataja verletzt. Die Verletzte wurde ärztlich behandelt, ins Krankenhaus wollte sie nicht.

Außerdem wurde infolge des Beschusses der ukrainischen Streitkräfte ein Schaden am Dach eines Wohnhauses in Kominternowo in der Kirow-Straße 83 festgestellt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: TAGESSCHAU-Mobilmachung: Trittbrett-Imperialismus in Syrien.
Uli Gellermann

Ganz offen kann die „Tagesschau“ keine Werbung für den Krieg machen – für jenen angedrohten Krieg in Syrien, an dem die Kriegsministerin unbedingt teilnehmen will. Natürlich nicht sie selbst. Eine offene Mobilmachung würde wohl nicht mal die Redaktion mittragen. Also schleicht sich die wesentlichste deutsche Nachrichten-Sendung vorsichtig an. Mit dem Horn der von der Leyen tutet die ARD-Sendung von „glaubhafter Abschreckung“. Abschreckung kennt das Grundgesetz natürlich nicht. Dann schiebt die Nachrichten-Truppe diese Überschrift hinterher: „Bundeswehr gegen Assad“, als wär‘ alles ein Fußballspiel, als ginge es nicht um Tod und Verderben. Schließlich lässt die „Tagesschau“ den seltsamen deutschen Außenminister sagen, ein Einsatz von Chemiewaffen müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Niemand hat einen Beweis für einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen in Syrien. Doch seit die USA die Behauptung darüber in die Welt gesetzt haben, übernehmen deutsche Redaktionen das Propaganda-Gerücht, als sei es die reine Wahrheit. Das staatliche „Deutschlandradio“ fragt nach einem „Vergeltungsschlag mit deutscher Beteiligung“. Da muss der Hörer schon gar nicht mehr nach dem Wofür der Vergeltung fragen – Hauptsache Schlag.

Der servile „Tagesspiegel“ überlegt: „Soll Deutschland in Syrien einen Präventivkrieg führen?“ und setzt voraus, dass nach langem manipulativem Trommeln ein jeder weiß, was und wem man vorbeugen muss: Assad und seinem Gift natürlich. Und der halbamtliche „Spiegel“ rechnet vor: „Warum Merkel und von der Leyen deutsche Soldaten schicken wollen“. Die „Tagesschau“ klopft auf ihr großes Taktpult, und alle sind dabei bei der Mobilmachung: Marsch!

Mit dem Memorandum der „Veteran Intelligence Professionals für Sanity“ (VIPS) mag sich das deutsche Norm-Medium nicht beschäftigen. Denn der achtbare Verein aus ehemaligen Geheimdienstlern, Diplomaten, Militärs und Kongressabgeordneten warnt dringend: „Zurzeit werden mit russischen Raketen bewaffnete Marine- und Luftwaffeneinheiten in noch nie dagewesener Anzahl stationiert, um diejenigen anzugreifen, die die syrischen und russischen Streitkräfte daran hindern wollen, Ildib von Terroristen zu säubern.“

Das sollen die deutschen Medienkonsumenten nicht wissen: Sie könnten vor einer Kriegsbeteiligung in Syrien doch zurückschrecken. Denn mit den Russen ist militärisch nicht zu spaßen. Das weiß man zwar sogar in den Stäben der Bundeswehr und im Kriegsministerium. Aber die USA bieten ein scheinbar verlockendes Trittbrett: Mitmischen bei der Aufteilung des geschundenen Syrien will man schon. Kostet ja nur Menschenleben. Primär fremdes.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32236/45/322364551.jpg>

Dnr-online.ru: Das kommissarische Republikoberhaupt der DVR Denis Puschilin hat heute eine Arbeitssitzung mit dem Bürgermeister von Makejewka Walerij Ljachowez durchgeführt. Das Treffen war Problemen in der Stadt und perspektivischen Plänen für die Entwicklung Makejewkas gewidmet.

„Makejewka ist meine Heimatstadt. Sie ist einer der wichtigsten Wirtschaftszentren der Republik. Über einen Teil der Probleme bin ich bereits informiert, ich weiß, dass Sie eine systematische Arbeit zur deren Lösung betreiben. Ich weiß, dass es Probleme gibt, die nicht schnell gelöst werden können. Ich verstehe die Bedingungen sehr gut, unter denen wir uns jetzt befinden – es ist die ökonomische Blockade, unsere zeitweilige fehlende Anerkennung. Dies behindert es, die Unternehmen mit voller Kapazität in Betrieb zu nehmen. Über diese Probleme kann man lange reden, aber diese Aufgaben müssen gelöst werden.

Heute will ich auf zwei Fragen eingehen. Die erste ist die Vorbereitung auf den Winter. Ich weiß, dass es Probleme mit der Lieferung von Material gibt. Dies ist ein Problem nicht nur von Makejewka, sondern auch anderer Ortschaften. Wir müssen bereit sein, alle mit allem Notwendigen zu versorgen, selbst unter solchen Bedingungen, ausgehend von den Möglichkeiten, die wir haben. Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft arbeitet jetzt daran, alle mit dem notwendigen Material zu versorgen. Aber es müssen die verschiedenen Situationen berücksichtigt werden, die im Zusammenhang mit der Verspätung der Lieferung von Material eintreten können. Vieles hängt von Ihnen als Leiter ab.

Zweite wichtige Frage – das Problem der Korruption. Wir erhalten recht viele Signale, die Rechtsschutzorgane befassen sich damit, dennoch ist Ihre Beteiligung als Bürgermeister hier notwendig.

Ich sehe im Allgemeinen optimistisch auf die Perspektiven der Entwicklung von Makejewka, auf die der Republik insgesamt, aber dafür für müssen wir viel und fruchtbar arbeiten“, sagte Puschilin zur Walerij Ljachowez. Es sei jetzt wichtig zu entscheiden, welche Probleme schnell gelöst werden müssen und welche später angegangen werden können.

Walerij Ljachowez berichtete über die Arbeit der Stadtverwaltung und die Probleme in Makejewka.

„Im Wesentlichen ist die soziale Sphäre in der Stadt nach der barbarischen Einmischung der Ukraine und der ukrainischen Streitkräfte vollständig erhalten. Wir haben bereits Lösungen für den Wohnraum, der zu 100 Prozent zerstört wurde, das sind 33 Objekte. Wir arbeiten an den Anträgen der betroffenen Familien, einige haben bereits neuen Wohnraum.

Wir unterstützen auch kleine und mittlere Unternehmen. Außerdem arbeiten wir mit den Abgeordneten des Volkssowjets zusammen. Die von uns vorgeschlagenen Änderungen in der

Gesetzgebung der Republik sind bereits in eine Reihe von Dokumenten eingeflossen“, sagte Ljachowez.

de.sputniknews.com: Allein seit Jahresbeginn: So viele Zivilisten kamen im Donbass ums Leben

Mehr als 180 friedliche Einwohner sind seit Jahresbeginn im Raum des Donbass-Konfliktes getötet oder verletzt worden. Das gab der Erste Stellvertreter des Chefs der OSZE-Beobachtergruppe in der Ukraine, Alexander Hug, am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Lugansk, der Hauptstadt der gleichnamigen selbsterklärten Volksrepublik, bekannt.

Laut Hug haben OSZE-Beobachter vom 1. Januar bis zum 17. September 2018 den Tod von 34 Zivilisten und die Verletzung von 148 Zivilisten registriert.

Von ihnen sollen 62 durch die Explosion von Munition betroffen worden sein.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Umsturz im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.

Formell gilt seit September 2015 in der Region eine Waffenruhe. Dennoch kommt es immer wieder zu Zusammenstößen. Nach Angaben der Uno hat der Konflikt bisher mehr als 10.000 Menschenleben gefordert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32236/41/322364120.jpg>

de.sputniknews.com: Donbass-Besuch: Dieses Ziel verfolgte britischer Minister
Der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson hat am Mittwoch den von Kiew kontrollierten Raum des Donbass-Konflikts besucht. Das gab die Pressestelle der sogenannten Operation der Vereinten Kräfte via Facebook bekannt.

Wie es heißt, hat sich Williamson unter anderem in Kramatorsk (Gebiet Donezk) mit dem Befehlshaber der Operation der Vereinten Kräfte (Kiews Bezeichnung des Militäreinsatzes im Donbass, der vorher als Anti-Terror-Einsatz, ATO, bezeichnet worden war – Anm. d. Red.), Sergej Najew, getroffen.

Najew soll ihm über die Lage im Donbass sowie über die zu treffenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage in der Region berichtet haben.

Zudem soll sich Williamson mit den Tätigkeiten einer Grenzübergangsstelle an der Trennlinie vertraut gemacht sowie humanitäre Initiativen zum Wiederaufbau von wichtigen Infrastrukturobjekten im Donbass zur Sprache gebracht haben, heißt es.

Anschließend soll der britische Minister dem ukrainischen Militärführer für den Donbass-Besuch gedankt und Kiew weitere Hilfe zugesichert haben.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32236/50/322365040.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 19.09.2018:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen die Gebiete von **12 Ortschaften** beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Gebiete von **Dolomitnoje, Sajzewo** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen von Seiten der 72. mechanisierten und der 58. Panzergrenadierbrigade beschossen, die die Kriegsverbrecher Tatus und Drapatyj kommandieren.

In **Richtung Donezk** haben die Kriegsverbrecher Iwanow, Martschenko und Kokorjew den Einheiten der 56. Panzergrenadier, der 28. und 92. mechanisierten Brigade befohlen, mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Jasinowataja, Shabitschewo, Spartak, Losowoje, Krutaja Balka** und **Trudowskije** geschossen. Beim Beschuss von Jasinowataja wurde **ein Zivilist verletzt**, es wurden eine Gasleitung in der Franko-Straße und ein Haus in der Worowskij-Straße beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade mit Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen die Gebiete der Ortschaften **Kominternowo, Leninskoje** und **Besymennoje** beschossen. Die Verantwortung für den Beschuss liegt bei dem Kriegsverbrecher Gnatow. Infolge des Beschusses von Kominternowo wurde ein Haus in der Kirow-Straße beschädigt. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **18 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt.

Die ukrainischen Straftuppen ignorieren die Regelung der Minsker Vereinbarungen über die Verwendung von Drohnen und verwenden trotz zahlreicher Verluste an Drohnen diese weiter in Richtung Donezk und Gorlowka.

So wurde gestern im Gebiet von Gorlowka durch die Luftabwehr der Volksmiliz der DVR eine weitere Drohne des Typs Quadrokopter vernichtet, die die Feuerleitung auf die Positionen der Volksmiliz durchführte.

Zahlreiche Kontrollen der Buchhaltung und der Lagerung von Waffen und Munition in den Raketenartilleriewaffenlagern der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone bringen keine Ergebnisse. Die geschäftstüchtigen Kämpfer haben weiter Erfolg bei Diebstahl und Verkauf von Waffen.

Dabei gehen die Methoden des Waffenschmuggels bis zum Absurden. Soldaten der ukrainischen Streitkräfte organisieren in krimineller Absprache mit hochrangigen Funktionsträgern ein Schema zum Waffenschmuggel über die „Neue Post“. Darauf verweist

der Fall der Festnahme eines Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade am 17. September während des Abschickens eines Päckchens mit mehr als 3000 Patronen für Maschinengewehre.

Die vorgelegten Fälle demonstrieren ein weiteres Mal die Korruptheit und Nichteinmischung von Seiten der obersten Militärführung und in einigen Fällen auch die Deckung für die Verbrecher, die ihre Sachen durchziehen und sich dabei hinter dem Dienst in den ukrainischen Streitkräften verstecken.

de.sputniknews.com: Kiew nimmt Stellung zu anstehenden Wahlen in Donezk und Lugansk. Die Ukraine fordert von Russland, auf die Wahlen in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk öffentlich zu verzichten. Das schrieb die Vizechefin der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) und Donbass-Beauftragte des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, Irina Geraschtschenko, am Mittwoch auf Facebook.

„Heute findet in Minsk eine Sitzung der Arbeitsgruppen (zur Konflikt-Regelung – Anm. d. Red.) statt. Am Vortage haben sich ukrainische Abgeordnete mit dem OSZE-Sondergesandten in der trilateralen Kontaktgruppe, Martin Sajdik, getroffen und darauf aufmerksam gemacht, dass jegliche Fake-Wahlen, die der ukrainischen Gesetzgebung widersprechen, in einzelnen Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk (Kiews Bezeichnung der nicht von ihm kontrollierten Territorien – Anm. d. Red.) unzulässig sind“, teilte sie mit.

Laut Geraschtschenko haben sich die Abgeordneten zudem mit der Bitte an Sajdik gewandt, das Thema der für November anberaumten Wahlen aufzuwerfen. Zudem sagte sie, Kiew erwarte Moskaus Reaktion auf diese Frage.

„Wir erwarten von Moskau und dessen Vertretern, dass sie die ‚Wahlen‘ öffentlich verurteilen und öffentlich auf die Umsetzung des Kreml-Szenarios verzichten. Gerade dieses Thema muss im Mittelpunkt der heutigen Sitzung stehen“, so Geraschtschenko.

Zuvor hatte das Donezker Parlament Denis Puschilin zum stellvertretenden Republikchef ernannt. Die entsprechende Wahl wurde für den 11. November angesetzt. Der bisherige Republikchef Alexander Sachartschenko war zuvor bei einem Bombenanschlag getötet worden. In Lugansk wurde beschlossen, die Wahl am selben Tag durchzuführen.

Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige Volksrepubliken ausgerufen hatten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32236/67/322366716.jpg>

ukrinform.ua: Präsident: Für Aufhetzung der Feindschaft setzt der Kreml neueste

Technologien ein.

Präsident Petro Poroschenko hat in seiner Rede bei der Eröffnung des XXV. Forums der Buchverleger in Lwiw erklärt, dass Russland für die Aufhetzung der nationalen und religiösen Feindschaft die neuesten Technologien des Einflusses auf das Bewusstsein der Ukrainer einsetzt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Heute wendet der Aggressor die neuesten Technologien des Einflusses auf das Bewusstsein der ukrainischen Bürger an. Diese Technologien zielen auf die Aufhetzung der nationalen, religiösen Feindschaft, auf die Propaganda eines aggressiven Krieges, die Verletzung der Souveränität, territorialen Integrität der Ukraine ab“, sagte Poroschenko.

Gleichzeitig betonte er, dass gegenwärtig eine gemeinsame Pflicht aller Ukrainer ist, mit allen möglichen Mitteln die ukrainische Gesellschaft vor Fehlinformationen und destruktiver Propaganda des Kremls zu schützen.

Auch hob der ukrainische Staatspräsident hervor, dass die Stärke und Macht des ukrainischen Staates sowohl im ukrainischen Buch als auch im ukrainischen Film, in der ukrainischen Musik, in ukrainischen Liedern und in der ukrainischen Sprache sind.

de.sputniknews.com: Referendum: Westen schüchtert Mazedonien mit Russland-Hetze ein.

Wladimir Kornilow

Wieder einmal wird Russland an den Pranger gestellt. US-Verteidigungsminister James Mattis wirft Moskau vor, sich in das Referendum in Mazedonien über eine Nato- und EU-Mitgliedschaft einzumischen. Dabei mischte er sich gleich selbst ein, indem er die Mazedonier aufforderte, so abzustimmen, wie die USA es sich wünschen.

Das Referendum wird am 30. September abgehalten. In den Medien wird es als „Referendum zur Änderung des Staatsnamens“ bezeichnet. Doch weil die Mehrheit der Mazedonier gegen die Umbenennung ist, wird diese Frage beim Referendum nicht gestellt. Stattdessen werden die Mazedonier gebeten, ihre Einstellung zu einem EU- und Nato-Beitritt des Landes auszudrücken. Die Frage lautet: „Unterstützen Sie den Beitritt zur EU und Nato, wobei ein Abkommen zwischen der Republik Mazedonien und der Hellenischen Republik angenommen wird?“

Noch vor kurzem waren mehr als 70 Prozent der Mazedonier kategorisch gegen die Umbenennung des Landes, die Griechenland ständig forderte. Gleichzeitig träumten 80 Prozent von einem EU-Beitritt. Im Ergebnis verdeckten die Behörden Mazedoniens, die mit Athen ein Abkommen über die Umbenennung des Landes in Nord-Mazedonien unterzeichnet hatten, diese Frage mit einer neuen, irreführenden Formulierung. Damit sorgten sie für Wut bei den Nationalisten, die nicht auf den Namen des Staates und die Bezeichnung des Volkes verzichten wollen. Laut dem Abkommen soll aus der Verfassung auch die Erwähnung des „mazedonischen Volkes“ verschwinden.

Nach dem Ausbruch des Namensstreits reisten etliche europäische Politiker nach Mazedonien und forderten die Staatsbürger des Landes dazu auf, auf ihren Namen zu verzichten. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel reiste in das Land, das sie zuvor kein einziges Mal besucht hatte.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bezeichnete das Referendum als Chance, die man nur einmal im Leben bekommt. Nach Mazedonien kamen auch der österreichische Kanzler Sebastian Kurz, verschiedene EU-Beamte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini an der Spitze, sowie mehrere US-Politiker. So rief US-Senator Ron Johnson die Mazedonier in Skopje in Erwartung einer niedrigen Wahlbeteiligung dazu auf, zur Abstimmung zu gehen, um beim Referendum das gewünschte Ergebnis zu erreichen.

In dieser Zeit beteiligte sich kein einziger russischer Politiker an Aktionen dieser Art. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte direkt: „Wir betonten immer, dass wir für eine Vereinbarung bei dieser Frage ohne äußere Einmischung sind, ohne irgendwelche künstliche Bedingungen, und sagten, dass wir den Beschluss unterstützen werden, der den Interessen

Griechenlands und Mazedoniens entsprechen und auf umfassender öffentlicher Zustimmung fußen wird.“

Nun funkt plötzlich Pentagon-Chef Mattis dazwischen und wirft Russland Einmischung vor – es zahle angeblich Geld an nicht genannte Gruppen, die eine Kampagne gegen das Referendum führen. Dabei hatte der mazedonische Regierungschef Zoran Zaev noch vor der Pressekonferenz des Pentagon-Chefs gesagt: „Ich habe keine Beweise dafür, dass Russland irgendwie Einfluss nimmt. Die Russische Föderation ist ein Freund Mazedoniens. Sie haben nichts gegen die Integration Mazedoniens in die EU, doch sie sind gegen den Nato-Beitritt.“ Doch angesichts der aktuellen „highly likely“-Phase sehen US-Politiker keine Notwendigkeit darin, ihre Vorwürfe gegen Russland mit Beweisen zu untermauern. Westliche Politiker werben offen für ein Ja beim mazedonischen Referendum und sehen darin nichts Außergewöhnliches.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. Das westliche Establishment agierte beim Referendum in den Niederlanden bezüglich des Ukraine-EU-Abkommens 2016 auf dieselbe Weise. Zahlreiche ausländische Politiker warben damals für die Ratifizierung dieses Abkommens. Der politisch umtriebige US-Investor George Soros stellte eine große Summe dafür bereit, die US-Botschaft in Den Haag beteiligte sich direkt an der „Ja“-Kampagne, wobei Reisen von Journalisten in die Ukraine organisiert wurden. Doch niemand warf ihnen Einmischung vor. Zugleich wurde einer kleinen Gruppe ukrainischer Staatsbürger und sogar niederländischer Staatsbürger russisch-ukrainischer Herkunft, die an der „Nein“-Kampagne teilnahmen, von der US-Presse Einmischung vorgeworfen.

Im Ergebnis beobachten wir in Mazedonien ein Beispiel einer hektischen und eklatanten westlichen „Nichteinmischung“ – vor dem Hintergrund der nicht zu erkennenden, jedoch angeblich feindlichen und existierenden russischen „Einmischung“.

Dieser Fall gibt wohl eine sehr gute Antwort auf die Frage, ob es diese „russische Einmischung“ überhaupt gibt – ein Hype wie um die omnipräsenten Außerirdischen Ende der 1960er Jahre.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32236/74/322367453.jpg>

de.sputniknews.com: Arznei und Ausstattung aus ausländischer Produktion: So wurden IS-Kämpfer versorgt

Syrische IS-Kämpfer haben in der Ortschaft El Burejka, in der kürzlich befreiten Provinz al-Quneitra, ein Krankenhaus zurückgelassen, das mit moderner Einrichtung und Medikamenten aus ausländischer Produktion ausgestattet ist.

„Sehen Sie, hier gibt es jede Menge ausländischer Arzneimittel – aus Israel, den USA sowie aus Frankreich. Für die einfachen Syrer ist das alles unzugänglich“, so der Arzt Fanitah Diran gegenüber Journalisten. Dabei hat er bei der Besichtigung der Apotheke der ehemaligen

Klinik auf eine Tablettenpackung mit der Aufschrift in Hebräisch hingewiesen. Die Einrichtung mit all ihrer Ausstattung und ihren Medikamenten ist den Einheimischen übergeben worden.

Das Krankenhaus verfüge über Antibiotika, Schmerzmittel, Impfstoffe und andere Medikamente. Es seien auch neue chirurgische Instrumente sowie Ultraschallgeräte vorhanden, es gebe sogar eine moderne OP-Station. In den Krankenzimmern gebe es gepolsterte Liegen, das Gebäude werde mittels Zentralheizung beheizt. All das sei für IS-Kämpfer und ihre Familienmitglieder gedacht gewesen, die gegen die Regierung Syriens gekämpft hätten.

„In diesem Eigenheim wohnte der Chefarzt des städtischen Krankenhauses. Die IS-Kämpfer vertrieben ihn aus dem Haus, brachten die gesamte medizinische Ausrüstung hierher und wechselten sie später aus. Die Sponsoren aus dem Ausland, und zwar Israel, Katar, Saudi-Arabien und die Türkei, haben sie mit Arzneimitteln, Ausrüstung und den erforderlichen Instrumenten beliefert“, sagte Diran.

Hssen Banua, ein Einheimischer, zeigte den Journalisten ein von den IS-Kämpfern zurückgelassenes Intensivmobil mit englischem Kennzeichen und dem Lenkrad auf der rechten Seite. „Als wir vorbeifuhren, wurden wir auf dieses Auto aufmerksam: leuchtendes Gelb. Die Kämpfer ließen es hier zurück, sie versuchten nicht einmal, es mitzunehmen. Ich kann nicht behaupten, dass sie damit die Verwundeten abtransportierten, jedoch bleibt die Tatsache: mit Transportmöglichkeiten waren sie versorgt“, teilte er mit.

Im April hatten die syrischen Behörden die bei den Terroristen beschlagnahmten Waffen vorgeführt, von denen die meisten in den Nato-Ländern hergestellt worden waren. Damals war auch eine einstige Untergrundbasis der IS-Kämpfer gezeigt worden, in der ein Lazarett der Islamisten untergebracht worden war, sowie die Zellen, in denen sie Zivilisten als Geiseln festhielten. Die im Lazarett vorhandenen Medikamente und dessen Ausstattung waren gemäß der Beschriftung in den USA und in Europa hergestellt worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31969/07/319690746.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

Trotz des Waffenstillstands hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf die Gebiete der Ortschaften **Prischib, Donezkij und Kalinowka**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, automatische Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 40

verschiedene Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Grusewitsch und Tatus.

Der Prozess der friedlichen Regelung wird durch das systematische Heranziehen von NATO-Militärinstruktoren durch die Kiewer Regierung erschwert. Das ukrainische Kommando legt in der OOS-Zone besondere Aufmerksamkeit auf die Ausbildung von Scharfschützen, ihre Arbeit ist eine Priorität im Zusammenhang mit dem „Schulwaffenstillstand“.

So haben die Luftsturmtruppen der ukrainischen Streitkräfte 450 Scharfschützengewehre nach NATO-Art erhalten und sofort hat auf dem 37. Truppenübungsplatz die Ausbildung von Scharfschützenpaaren für die Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte stattgefunden.

Es ist bereits bekannt, dass nach dem Training die „ausgebildeten“ ukrainischen Scharfschützen in den Kampfgebieten eintreffen werden, um den Genozid an der Bevölkerung des Donbass fortzusetzen.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass der Kommandeur der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der Kriegsverbrecher Wojtschenko, sich gegenüber seinen Pflichten nachlässig verhält, in der Folge ist das moralisch-psychische Niveau der Soldaten äußerst niedrig und Alkoholismus allgemein verbreitet.

So ist gestern unter Soldaten dieser Brigade bei einem Saufgelage ein Konflikt entstanden. Infolge des Streits hat der Soldat Wladimir Walentinowitsch Neroda zwei seiner Kameraden erschossen, den Unterfeldwebel Roman Fedorowitsch Primak und den Gefreiten Pjotr Stanislawowitsch Gerassimtschak. Zur Deckung dieses Verbrechens und um die Verantwortung von sich abzuwälzen, hat der Kommandeur der 14. Brigade entschieden, diesen Vorfall als angeblichen Beschuss der Volksmiliz auszugeben. ...

de.sputniknews.com: „Dies ähnelt Paranoia“: Sejm kritisiert US-Pläne für Bau von Militärbasis in Polen.

Die mögliche Einrichtung einer permanenten US-Militärbasis in Polen bedeutet laut dem Abgeordneten des Sejm, Janusz Sanocki, dass das Land seine Souveränität zum Teil verlieren würde.

Seiner Ansicht nach dürften Truppen fremder Staaten nicht in Polen präsent sein.

„Für mich ähnelt dies der Paranoia. Aus militärischer Sicht bedeutet ein Militärstützpunkt oder eine Division gar nichts. Im politischen Kontext bedeutet dies immer zum Teil einen Verlust der Souveränität“, sagte Sanocki am Mittwoch gegenüber Sputnik.

„Dies (die Stationierung – Anm. d. Red.) ist nur in einer Ausnahmesituation möglich, wenn tatsächlich eine reale Gefahr besteht. Zurzeit gibt es im Land aber keine reale Gefahr“, erläuterte er.

Wie er weiter betonte, würden die Mittel für die Einrichtung der Basis aus „den Taschen der Polen“ entnommen.

„Das ist der erste Punkt, der aus dem Haushalt zu streichen ist, wenn er dort auftauchen sollte“, so der Abgeordnete.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump erklärt, Washington ziehe Warschaus Bitte um eine permanente US-Militärbasis in Polen ernsthaft in Betracht. Der Militärstützpunkt soll zum Schutz gegen eine „russische Aggression“ dienen....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32236/82/322368239.jpg>

de.sputniknews.com: Putin informiert Merkel über Idlib-Deal mit Erdogan.

Wladimir Putin hat am Mittwoch Angela Merkel am Telefon über seine jüngsten Syrien-Vereinbarungen mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan informiert. Der russische Präsident und die deutsche Kanzlerin sprachen zudem über die Ukraine-Krise und negative Tendenzen am Finanzmarkt, wie der Kreml mitteilte.

„Der Präsident Russlands informierte über die russisch-türkischen Vereinbarungen zur Stabilisierung in der Deeskalationszone Idlib“, hieß es aus dem Kreml.

Putin äußerte sich demnach besorgt über die Situation in der Ostukraine nach dem Mord an Alexander Sachartschenko, Chef der nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, und betonte die Notwendigkeit, dass die Regierung in Kiew der abtrünnigen Region einen Sonderstatus verleiht, wie dies bereits 2015 vereinbart worden war. Darüber hinaus sprachen Putin und Merkel über die „Überwindung negativer Tendenzen auf dem Weltfinanzmarkt“, so der Kreml.

Die deutsche Bundesregierung bestätigte, dass das Gespräch stattgefunden hat. „Die Bundeskanzlerin begrüßte die Bemühungen zur Verhinderung einer militärischen Eskalation und zum Schutz der Zivilbevölkerung“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert.

Putin und Erdogan hatten sich bei einem Treffen am Montag in Sotschi auf die Einrichtung einer kampffreien Zone in der letzten syrischen Rebellenhochburg Idlib geeinigt. Die entmilitarisierte Zone soll bis zum 15. Oktober entstehen und den radikalen Islamisten der al-Nusra-Front * und anderer Terrormilizen die Möglichkeit geben, die Region, in der sich Millionen Zivilisten befinden, zu verlassen. Die Verteidigungsministerien Russlands und der Türkei unterzeichneten zudem eine Absichtserklärung über eine Stabilisierung in Idlib.

Anfang September hatte sich der russische Vize-Außenminister Oleg Syromolotow gegen „aktive Kampfhandlungen“ in Idlib ausgesprochen. Es gebe noch Chancen auf eine anderweitige „Lösung“, sagte der Diplomat. Die Entscheidung über eine Befreiungsoperation sei jedoch der Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad überlassen.

abends:

ria.ru: Das Ministerkabinett der Ukraine hat die Verhängung von Sanktionen gegen 35 russische Verlage unterstützt.

KIEW, 19. September (Itar-Tass) - RIA Nowosti. Das Ministerkabinett der Ukraine hat die Verhängung von Sanktionen gegen 35 russische Verlage unterstützt, die angeblich

antiukrainischen Inhalt verbreiten, wie der Pressedienst der ukrainischen Regierung am Mittwoch mitteilte.

„Die Regierung billigte Vorschläge für die Anwendung von besonderen wirtschaftlichen und anderen restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) gegenüber russischen Verlegern, die anti-ukrainischen Inhalt produzieren und verbreiten ... Ab dem 15. August umfasst die Liste 167 Publikationen von 35 russischen Verlagen“, heißt es in der Erklärung.

Das Kabinett wird dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine Vorschläge zur Einführung von Sanktionen vorlegen.

Ende 2016 unterzeichnete der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ein Gesetz über den Mechanismus für die Beschränkung des Zugangs zum ukrainischen Markt für Drucksachen mit „antiukrainischem Inhalt“ aus der Russischen Föderation. Die Behörden erwarten, dass diese Maßnahmen den ukrainischen Markt für Druckerzeugnisse ankurbeln werden, insbesondere solle es eine Größenordnung mehr ukrainische Bücher geben. Für die Einfuhr von Druckerzeugnissen in die Ukraine ist eine Genehmigung des staatlichen Komitees für Fernsehen und Radio erforderlich...



<https://cdn3.img.ria.ru/images/147762/43/1477624323.jpg>